

Weiterbildung im Alter

Wer lebenslang lernt bleibt gesund und zufrieden

Die Situation ist alltäglich: Die Kinder sind längst aus dem Haus – der Ruhestand winkt. Nachdenken darüber, wie die arbeitsfreie Zeit in der dritten Lebensphase aussehen könnte, wollen nur wenige. Die meisten winken ab mit dem Argument, das ergäbe sich schon alles von alleine und einfach erst mal die freie Zeit genießen. Wenn gar der Begriff „Weiterbildung“ im Raum steht, bauen sich Blockaden leider nicht nur bei den Älteren auf. Deshalb haben wir in dieser Ausgabe das Thema mit Hintergrund-Informationen auf Seite 2 aufgegriffen, im Pro und Contra und im Interview mit Experten ab Seite 6 dargestellt.

Das Thema *Pflege* beschäftigt uns in dieser Ausgabe auf Seite 3. Es ist auch ein wichtiges Thema auf der diesjährigen Mitgliederversammlung, zu der wir erstmals einen Gast aus den Niederlanden, Ep Wieldraaijer von der Seniorenvertretung Enschede, begrüßen werden. Ministerialrat Roland Borosch vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie wird die Novellierung des Landespflegegesetzes erläutern. Dass die Mitglieder der Jahresversammlung die Ausführungen kommentarlos hinnehmen, ist nicht zu erwarten.

Die Landesseniorenvertretung kann und darf mit den vorgesehenen Kürzungen im Pflegebereich und bei möglichen Reduzierungen in der Ausbildung der Altenpflege nicht einverstanden sein.

Damit sind wir dann bei einem weiteren „heißen Eisen“. Über Kürzungen im Gesundheitsbereich haben wir ein ausführliches Interview mit Prof. Dr. Joachim Wiemeyer geführt. Siehe Seite 9. Der katholische

Theologe und Volkswirtschaftler von der Ruhr-Universität Bochum hat in der *Herder-Korrespondenz* und anschließend in *Kirche und Leben* eine Altersgrenze für bestimmte teure medizinisch-technische Leistungen gefordert. Statt einer neuen Hüfte könne beispielsweise ein 80-Jähriger schmerzstillende Medikamente erhalten. Damit würden die Kosten im Gesundheitswesen gesenkt. Zu den Ausführungen von Prof. Dr. Wiemeyer bitten wir um Ihre Meinung. Dieses Thema darf auf keinen Fall über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg diskutiert und sogar entschieden werden.

Ein großer Schritt vorwärts zur effizienteren Interessenvertretung der älteren Generation ist der Seniorenvertretung der Stadt Köln gelungen. Der Rat hat, wie Sie auf Seite 12 lesen können, die Mitwirkungsrechte der Seniorenvertretung in der Hauptsatzung mit dem Ziel ergänzt, dass die Seniorenvertretung Köln in die für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt und Stadtentwicklung zuständigen Ausschüsse sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen entsenden kann. Dazu gratulieren wir! Auch aus den übrigen kommunalen Seniorenvertretungen finden Sie viel Positives auf den Seiten 12 und 13.

Kritisch, aber humorvoll setzen wir uns auf Seite 11 mit den neuen Tarifen der Deutschen Bahn AG auseinander.

Sie zeigen (mal wieder), dass wir noch weit von einer altersgerechten Gesellschaft entfernt sind. Obwohl doch kein Zweifel daran besteht: Was gut ist für die Alten, ist auch gut für die Jungen.

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv	
Aus dem Vorstand	3 – 5
Weiterbildung im Alter	
Interview zum Schwerpunktthema	6 – 8
Kontroverse Diskussion um die Gesundheitsreform	9 – 10
DIN-Ausschuss Betreutes Wohnen	10
Kommentar	11
Modellprojekt LIMITS	11 – 12
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	12 – 13
Seniorenvertretungen stellen sich vor:	
Siegen	14
Gladbeck	15
Senioren OnLine stellt sich neuen Aufgaben	16
Impressum	16

HINTERGRUND-WISSEN:

Forschungsinstitut Geragogik Innovationen in der Altersbildung

Das Forschungsinstitut Geragogik – kurz: „FoGera“ genannt – ist ein unabhängiges Forschungsinstitut zum Thema „Alter und Lernen“.

Die Projektidee zur Gründung des „FoGera“ entstand aus der Notwendigkeit, dass es der „Geragogik“ als jüngerer Wissenschaftsdisziplin an einer Institution fehlt, an der die verschiedenen bereits vorhandenen Forschungsergebnisse gebündelt, theoretisch aufgearbeitet und weiterentwickelt werden können und wo gezielt die vielfach vorhandenen Praxiserfahrungen mit dem vorhandenem Wissen verknüpft werden.

Fehlende Forschung zu den Themen „Alter(n)“ und „Lernen“ verhindert Fortschritte in einer auf Wissenschaft gegründeten Altersbildung wie auch wissensbasierende Planungen mit gesellschaftlicher Breitenwirkung, die dem Altersstrukturwandel Rechnung tragen.

Die Anliegen des FoGera sind, die Altersbildung voranzutreiben und weiterzuentwickeln sowie ein selbstbestimmtes und handlungsorientiertes Lernen zu stärken.

Die Konzeption des FoGera zeichnet sich durch eine enge Verzahnung

von Praxis und Theorie aus. Seine Aufgaben sind im Hinblick auf konkrete Fragestellungen ausgerichtete Praxis, Fortbildung und Forschung zu betreiben.

Um dem Kriterium einer theoriegeleiteten Praxis in der Forschung gerecht zu werden, arbeitet das FoGera in Kooperation mit Hochschulen, Ministerien, Institutionen für Senioren, Fortbildungsinstitutionen und mit den Älteren selbst.

Mit seinen Anliegen wendet sich das FoGera an alle, die sich mit lebenslangem Lernen befassen: an Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege, Wohlfahrtsverbände, Bildungsanbieter, Träger der Weiterbildung, Professionelle, Ehrenamtliche, ältere und alte Menschen.

Das FoGera bietet ihnen Dienstleistungen wie Durchführung oder Unterstützung bei der Begutachtung, Entwicklung und Durchführung konkreter Vorhaben. Dazu gehören unter anderem auch Bedarfsanalysen für Lernangebote im Alter bis zur Ausarbeitung von Curricula für Fortbildungsangebote für Personengruppen, die mit alten Menschen in verschiedenen Praxisfeldern arbeiten.

Zudem ist es eine Aufgabe des FoGera, das Wissen systematisch und verständlich aufbereitet denjenigen zur Verfügung zu stellen, die an der För-

derung von Lernen im Alter und zum Alter(n) interessiert sind.

Dabei zeichnet sich das Forschungsinstitut durch die Einbeziehung interdisziplinärer Sichtweisen aus. Die Angebote des FoGera ermöglichen den Interessenten effektives und nachhaltiges Planen und Arbeiten in den verschiedenen Praxisfeldern.

Das Leitungsgremium des FoGera setzt sich aus in der Theorie und Praxis von „Alter(n)“ und „lebenslangem Lernen / Altersbildung“ ausgewiesenen Wissenschaftlern zusammen. Das dreiköpfige Leitungsteam besteht aus der Direktorin Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz, Privatdozentin für Geragogik an der Universität Essen, der stellvertretenden Direktorin Dr. Renate Schramek und dem Geschäftsführer Dr. Dietmar Köster.

Unterstützt und begleitet wird das Leitungsteam durch ein hochrangig besetztes Kuratorium mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis sowie wissenschaftlichen Kooperationspartnern. Dazu zählen unter anderem der Landtagspräsident des Landes NRW, Ulrich Schmidt, Prof. Dr. Ludger Veelken von der Universität Dortmund, Dr. Peter Zeman vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA), Prof. Dr. Franz Kolland von der Universität Wien und Hiltrud Wessling als Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW.



Das Leitungsgremium von FoGera (von links nach rechts): PD Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz (Direktorin), Dr. Renate Schramek (Stellv. Direktorin), Dr. Dietmar Köster (Geschäftsführer)

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Zweites Fachgespräch zur Pflege mit der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion der CDU hat sich zur Aufgabe gemacht, jedes Jahr ein Gespräch mit Expertinnen und Experten über die Situation und Zukunft der Pflege in Nordrhein-Westfalen zu führen. Ein erstes Gespräch fand im Mai vergangenen Jahres statt, ein weiteres am 16. Januar 2003. Außer Dr. Uta Renn vom Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW nahmen an diesem Gespräch die CDU-Landtagsabgeordneten Angelika Gemkow und Rudolf Henke, Prof. Gertrud Hundenborn, Deutsches Institut für Pflegeforschung Köln, Bärbel Mittmann, Pflegepädagogin im Aus-, Fort- und Weiterbildungsbereich, Hartfried Toenessen, Geschäftsführer des Ev. Christophoruswerkes, Duisburg und Christine Höll-Kollmann, Auszubildende des Fachseminars für Altenpflege, Neuss, teil.

Das Fachgespräch moderierte Angelika Gemkow, MdL.

Bessere Qualität der Ausbildung gefordert

Rudolf Henke betont mit Nachdruck, dass der Bereich Pflegepolitik in der Landespolitik vernachlässigt sei. Das zuständige Ministerium gehe sowohl von einer viel zu niedrigen Zahl von Pflegekräften als auch von zu wenigen Pflegebedürftigen aus. Seit 1996 wurde in NRW das Ausbildungsangebot fortlaufend abgesenkt. Derzeit befinden sich rund 10.000 Auszubildende in den Fachseminaren. Inzwischen gibt es jedoch immer weniger Bewerber für diesen Beruf. Gefordert wird eine veränderte Ausbildungsstruktur sowie eine verbesserte Ausbildungsqualität. Das Land müsse dringend etwas unternehmen, damit die Anerkennung und Attraktivität des Berufsbildes gestärkt werde.

Ab 1. August 2003 tritt die bundesweit einheitliche Ausbildung in Kraft. Die Anstellungsträger sind künftig auch die Ausbildungsträger, mit denen ein Ausbildungsvertrag abzuschließen ist. Das bisherige Umlageverfahren entfällt dann entsprechend. Ausbildungs- und Prüfungsverordnung regelt demnächst der Bund. Für die Auszubildenden nach dem SGB III (Arbeitsförderungsgesetz) müssen die Träger keine Ausbildungsvergütung entrichten. Regelungsbedarf besteht für die Übergangszeit, das heißt für die Ausbildungskurse, die zum 1. April 2003 bereits geplant sind und für die sich bereits Schüler beworben haben.

Weiterhin ist noch offen, ob nach der Novellierung des Altenpflegegesetzes ein/e ausgebildete/r Altenpfleger/in auch leitend einen ambulanten Dienst führen darf. Entsprechend dem Sozialgesetzbuch V ist dies bislang ausschließlich examinierten Krankenpflegern vorbehalten.

Prof. Gertrud Hundenborn spricht von einer zunehmenden Akademisierung der Pflegeberufe. Die bisherige Dreiteilung (Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege) soll in eine integrative Ausbildung überführt werden. Es besteht die Forderung nach einer generalistischen Pflege, das heißt eine gemeinsame Erstausbildung für alle Altersgruppen. Dies alles seien jedoch Diskussionen auf der strukturellen Ebene, die kontrovers geführt werden. Die Ziele und Inhalte der Ausbildung gerieten dabei ständig aus dem Blick. Strukturelle Veränderungen führten nicht automatisch zu Prozessveränderungen. In den Blick zu nehmen seien künftige Pflegebedarfe in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Altenpfleger benötigten vor allem Kenntnisse hinsichtlich anderer Anforderungen und

Aufgaben für die überwiegend privat Pflegenden, für die Beratung, Anleitung und Unterstützung erforderlich seien. Die reine Fokussierung der Ausbildung auf die stationäre Pflege müsse überwunden werden, um pflegende Angehörige besser unterstützen zu können.

Bärbel Mittmann führt ergänzend aus, dass der bisherige sozialpflegerische Ausbildungsschwerpunkt in der Regel zu einem Praxisschock geführt habe. Es gebe große Differenzen zwischen dem Berufsbild und der Realität, da Lerninhalte in der Praxis kaum oder gar nicht umzusetzen sind. Wenn eine Fachkraft für 40 Bewohner zuständig sei, könne noch nicht einmal die Behandlungspflege sichergestellt werden. Innerhalb von NRW gäbe es auch unterschiedliche Auslegungen des Lernzielkatalogs. Auch sind die Fachkräfte keinesfalls einheitlich mit Fachwissen ausgerüstet; oft fehle ein Mindestmaß zu den einzelnen Bereichen.

Hinzu komme eine hohe Fluktuationsrate. Die Zusammensetzung der Kurse in den Fachseminaren sei insbesondere durch die Zuweisungen der Arbeitsämter häufig unbefriedigend, vor allem wenn Leute in die Ausbildung gesandt werden, die oft ohne weitere Alternative sind. Neue Ausbildungskonzepte werden ebenfalls erforderlich durch die Auswirkungen der DRGs in den Krankenhäusern. Bevorzugt werde ein offenes Curriculum. So müsse eine patientenorientierte Pflege auch soziale und psychologische Kompetenz beinhalten, um zum Beispiel psychische Probleme bei Patienten und Angehörigen zu erkennen und damit beratend umgehen zu können. Im Bereich Fort- und Weiterbildung existiere zum Teil ein gewisser Wildwuchs, da es keine ausreichend verbindlichen Bestimmungen gibt.

Gegen Diskriminierung des Berufes

Hartfried Toennessen sieht als Träger eines Fachseminars in der bundeseinheitlichen Ausbildung positive Möglichkeiten zur Profilierung des Berufsbildes. Die neue Zuordnung zu den Heilberufen müsse auch seitens der Politik dazu führen, dass die Diskriminierung der Altenpfleger beendet wird, insbesondere was die Führung eines ambulanten Dienstes angeht. Der 50-prozentige Quoten- druck dürfe nicht zu Lasten einer hohen Qualifikation gehen. Es wird eine Entrümpelung der alten Curricula gefordert, das heißt weg von den bisherigen Lernfeldkonzepten zu einer weitergreifenden Lernfeldorientierung. Die Ausbildung zur Fachkraft müsse auch die Möglichkeit zu einer Fachhochschulreife beinhalten, um höchstqualifizierten Fachkräften ein Pflegewissenschaftliches Studium zu ermöglichen. Klärungsbedarf bestehe auch hinsichtlich des Ministeriums mit den Ausbildungsstätten. Was den Beginn der Kurse zum 1. April 2003 nach altem Recht betrifft, so gäbe es seitens des Ministeriums bestimmte Andeutungen in Richtung Ausnahmemöglichkeiten. Auch zukünftig müssten Ausbildungskurse mindestens zweimal jährlich beginnen (Frühjahr und Herbst) und nicht nur zu Schuljahresende.

Die Diskrepanz zwischen der politischen Einschätzung des Fachkräftebedarfs und den praktischen Anforderungen liege auch an dem undifferenzierten Datenmaterial der Arbeitsämter. Die dortigen Berufskennziffern (BKZ) lassen keine Trennung zwischen den heilpflegerischen Berufen erkennen, das heißt Altenpfleger und Altenpflegehelfer, Krankenpfleger und Krankenpflegehelfer sowie Mitarbeiter der Sozialdienste fallen alle unter dieselbe BKZ. Wenn sich die Landesregierung auf dieses Datenmaterial verlasse, dann entstehen dadurch keine vernünftigen Voraussetzungen für eine realistische Einschätzung der Ausbildungszahlen, so Hartfried Toennessen.

Für 10.000 bis 11.000 Auszubildende zum 1. August 2003 Auszubildendeverhältnisse zu finden erscheine ziemlich unrealistisch.

Entrümpelung der alten Curricula notwendig

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurden noch weitere Gesichtspunkte zur Sprache gebracht, die die Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter betreffen. Jede Umschulung im Bereich Altenpflege kostet 80.000 Euro. Ab 2005 können die Arbeitsämter nur noch zwei Jahre fördern. Aufgrund des sogenannten Weiterbildungsgutscheins für Arbeitslose können die Arbeitsämter künftig auch keine gezielte Beratung mehr durchführen. Generell werden die Fördermittel für Weiterbildung zurückgehen – zum Beispiel durch die Einführung der Ich-AGs –, wovon auch die Altenpflege betroffen sein wird. Seitens der Fachseminare wird kritisch vermerkt, dass die bisherige Steuerung in NRW, indem Fachseminare „schlechte“ Einrichtungen – die Praktikanten nur als Arbeitskräfte „ausgebeutet“ und nicht angeleitet haben – meiden konnten, in Zukunft durch die Trägerausbildungsverträge wegfallen wird.

Dr. Uta Renn

Mitwirkungsstrukturen für Seniorenvertretungen

Für eine Umsetzung des Weltaltensplanes auf nationaler Ebene wurde die Landesseniorenvertretung NRW von der deutschen Geschäftsstelle zur Umsetzung des Weltaltensplanes aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten. Der Vorstand der LSV NRW hat in Absprache mit der Bundesseniorenvertretung in seiner Antwort vom Januar 2003 betont, dass es integraler Bestandteil der generationsübergreifenden Ziele sei, die Teilhabe älterer Menschen am Prozess der positiven Gestaltung des demografischen Wandels zu gewährleisten. Dies sei von grundlegender Bedeutung für die Beziehung der Generatio-

nen und damit auch für eine solidarisch geprägte Gesellschaft. Dies sei um so wichtiger, als die ältere Generation für eine Mitwirkung an der Gesellschaft motiviert sei. Dies zeige sich in der wachsenden Zahl von Seniorenvertretungen. In Bundesländern, in denen Landesseniorenvertretungen und kommunale Seniorenvertretungen unterstützt werden, sei das Engagement älterer Menschen im vorparlamentarischen Raum angewachsen. Eine bemerkenswerte Entwicklung, da Seniorenvertretungen nach wie vor freiwillige Einrichtungen der Kommunen sind, im Schnitt über nur geringe Mittel verfügen und dem Trend eines Rückgangs des ehrenamtlichen politischen Engagements zuwider laufen. Die in Seniorenvertretungen älteren Menschen sind parteipolitisch, konfessionell und verbandsunabhängig; hochgradig organisiert; zunehmend etabliert; politisch „von unten“ engagiert und anerkannt von der kommunalen Ebene bis zur Bundesebene. Die Anzahl der kommunalen Seniorenvertretungen ist ständig gewachsen. Die hohe Beteiligung von Frauen entspricht zudem der sogenannten „Feminisierung“ des Alters. Seniorenvertretungen sind demografisch repräsentativ und generationsübergreifenden Ansätzen verpflichtet.

Die Landesseniorenvertretung NRW betont: Vor diesem Hintergrund sei das freiwillige politische Engagement älterer Menschen sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landes- und Bundesebene zu forcieren. Konkret seinen Mitwirkungsstrukturen und -möglichkeiten von Seniorenvertretungen zu verbessern. Dabei könne die Politik durch Einbindung der Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnungen - konkret Anhörungs- und Rederecht in den kommunalen Ausschüssen – und eine effektive Unterstützung der Bundesseniorenvertretung durch eine fachlich und organisatorisch unabhängige Beratung unterstützen. Das heißt im Sinne des Bürgerschaftlichen Engagement als ermöglichender Staat zu wirken.

Elke Seul

Einladung zur Expertentagung

Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW (LSV), Hiltrud Wessling, wurde zu einer Expertentagung „Sterben in stationären Pflegeeinrichtungen“ vom Deutschen Zentrum für Altersfragen nach Berlin eingeladen. Als Vorsitzende der LSV und als Sprecherin der seit 20 Jahren bestehenden Initiative „Alte für Alte“ in Münster vertritt sie dort Patienten- und Angehörigenrechte.

Brief an Bundesministerin

„Sehr geehrte Fr. Ministerin Schmidt, mit Verwunderung und Wut verfolge ich in der Presse die Statements der Damen und Herren aus der sogenannten „Rürup – Kommission“. Ich frage mich dabei voller Empörung, wie einige dieser Damen und Herren aus hochrangigen Positionen mit den Gefühlen und Ängsten alter und auch kranker Menschen umgehen.

Die Selbstdarstellung einiger Mitglieder dieser Kommission erscheint mir, ebenso wie vielen anderen Menschen, sehr überheblich und ebenso selbstüberschätzend.

Die Bundesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dessen Mitglied ich fünf Jahre war, spricht z. B. von der Abschaffung der Pflegeversicherung. Mir stellt sich bei diesem und anderen Beispielen die Frage, mit welchem Selbstverständnis Mitglieder der Kommission handeln? Die Mitgliedschaft in einem solchen, maßgeblichen Gremium setzt Verantwortungsbewusstsein, Sachbezogenheit, Weitsicht und Realitätsnähe voraus. Persönliche Profilierungsfähigkeit spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Es ist richtig, dass wir im Bereich der Sozialen Sicherungssysteme eine verantwortungsvoll geführte Diskussion und ebensolche Vorschläge brauchen. Was wir nicht brauchen, ist ein Austesten von Schmerzgrenzen in der Öffentlichkeit und eine von unreflektierten Vorschlägen dominierte Diskussion, die politisches Handeln ersetzt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, am liebsten würde ich Sie bitten, den Damen und Herren der Kommission eine Schweigepflicht aufzuerlegen, solange, bis Ergebnisse der Kommission vorliegen und denen, die dagegen verstoßen, die Bezüge zu streichen. Mir ist aber klar, dass das nicht geht und auch nicht Ihre Aufgabe sein kann. Dennoch appelliere ich an Sie, im Interesse der Menschen, insbesondere der schwachen Mitglieder unserer Gesellschaft, die sozialpolitische und moralische Verantwortung der Mitglieder der Kommission einzufordern. Viele von ihnen sind vermutlich sehr weit von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und damit auch von den Gefühlen und Ängsten der Menschen entfernt. Wenn man aber Veränderungen braucht und will, muss man auch diese - zumindest - zur Kenntnis nehmen. Daher ist es in dieser Kommission notwendig, Menschen einzubeziehen, die die Perspektive der gesellschaftlichen Wirklichkeit einbringen. Dies ist bislang nicht der Fall.

Wir Alten kennen unsere Rechte, aber auch unsere Pflichten. Ziehen Sie uns in Ihre Arbeit mit ein.

Ferner bitte ich bei dem Thema Selbstversicherung Folgendes zu beachten:

Bei der Selbstversicherung von Unfällen wird es ab einem gewissen Alter schwer seine eigene Versicherung abzuschließen. Die meisten Unfälle passieren im Haushalt und hier vor allem Frauen.“

Hiltrud Wessling

Weiterer Aufwärtstrend in der Anzahl der kommunalen Seniorenvertretungen

Dank des unermüdlischen Engagements der Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung NRW, Hiltrud Wessling, gibt es in Nordrhein-Westfalen seit dem verflossenen Jahr vier neue Seniorenvertretungen. Im Januar 2003 lag bereits ein neuer Antrag der Stadt Wesseling bei Köln vor. Die LSV NRW hat damit 107 Senio-

renvertretungen (SV). Mit Blick auf die fünf Regierungsbezirke und der Anzahl der jeweiligen Kommunen ergibt sich dabei folgendes Bild:

- Arnsberg 24 = 28,91 %
- Detmold 19 = 27,14 %
- Düsseldorf 24 = 36,36 %
- Köln 20 = 20,20 %
- Münster 20 = 25,64 %

Die weiterhin positive Entwicklung zeigt, dass ältere Menschen eine unabhängige politische Interessenvertretung auf kommunaler Ebene wünschen, vor allen in Kleinstädten und ländlich geprägten Gemeinden.

Nach wie vor hat keine andere verbands- und parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen zur Zeit einen vergleichbar hohen Organisationsgrad wie die LSV NRW. Der Vorstand hat weiterhin seine Zuständigkeiten nach Regierungsbezirken aufgeteilt. Seniorenvertretungen in den jeweiligen Regierungsbezirken können sich jederzeit direkt an ein Vorstandsmitglied wenden. Gespräche vor Ort sind jederzeit möglich.

Aktuelle Themen im Jahresprogramm

Für 2003 hat der Vorstand der LSV ein Programm zusammengestellt, das aktuelle Themen aufgreift und durch fundierte Informationen von Experten untermauert. Für den Sommer ist eine Großveranstaltung mit pflegenden Angehörigen geplant. Ein wichtiges Thema, bei dem vor allem die betroffenen Menschen selbst zu Wort kommen werden. Im kleineren Rahmen ist für den 1. Oktober zum Thema „Wohnen im Alter“ aus unserer Perspektive vorgesehen.

Sind Sie neugierig geworden? Mit der „Lose-Blatt-Sammlung“ – geschlossen in einer Mappe – haben wir Ihnen die Verbreitung der Angebote vereinfacht.

Für Fragen stehen Ihnen die Vorstandsmitglieder und die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle gerne zur Verfügung.

WEITERBILDUNG IM ALTER

Interview zum Schwerpunktthema

N *Neun Fragen an Dr. Renate Schramek, stellvertretende Direktorin und Dr. Dietmar Köster, Geschäftsführer des Forschungsinstituts Geragogik*

1. Frage: *Weiterbildung ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Es wird oft davon gesprochen, dass ein junger Mensch in seinem erlernten Beruf nicht bis ans Ende seiner Lebensarbeitszeit bleibt, sondern sich durch Weiterbildung um- und neu orientieren muss. Das macht Sinn. Aber Weiterbildung für Menschen in der nachberuflichen Phase – also im Alter – ist das nicht eigentlich überflüssig?*

Köster: Nein, Weiterbildung im Alter oder besser, Altersbildung, ist überhaupt nicht überflüssig. Aber Sie sprechen ein wichtiges Problem in der öffentlichen Bildungsdiskussion an. Ein zentraler Begriff ist hier der des lebenslangen Lernens. Dabei meint man aber leider oft nicht das Lernen bis zum Ende des Lebens, was ja der eigentliche Sinn dieser Formel ist. Man meint eher, das Lernen bis zum Ende der Berufstätigkeit. Schon hierin kommt eine Diskriminierung der Älteren zum Ausdruck, die sich in der nachberuflichen oder nachfamiliären Lebensphase befinden. Denn auch in den früheren Lebensjahren lernen wir nicht ausschließlich, um einen Beruf ausüben zu können. Zum Lernen gehört immer auch die Persönlichkeitsentwicklung und die demokratische Teilhabe an der Gesellschaft. Aber diese beiden Aspekte werden in der Diskussion um das lebenslange Lernen oft unterschlagen, obwohl sie von der Bewältigung der Aufgaben im Beruf gar nicht getrennt werden können. Nur ein ganzheitlicher Bildungsbegriff ist hier wegweisend. Diese verkürzte Bildungsdiskussion hat natürlich etwas damit zu tun, dass wir in einer Zeit leben, in der alles auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Aber die Menschen wollen sich nicht darauf reduzieren lassen, auf die Erfordernisse im Berufsleben getrimmt zu

werden. Bildung im Alter dient vor allem der Persönlichkeitsentwicklung und der Partizipation an der Gesellschaft. Da sie erheblich zur Förderung des ehrenamtlichen oder zivilgesellschaftlichen Engagements beiträgt, ist sie allerdings auch ökonomisch bedeutsam. Hinzu kommt: Viele – besonders Männer – finden ihre Identität über die Erwerbsarbeit. Für sie stellt sich dann oft die Sinnfrage. Darauf Antworten zu finden, ist eine ganz wichtige Aufgabe der Altersbildung. Vielleicht sogar die Wichtigste.

Schramek: Altersbildung eröffnet neue Erlebens- und Tätigkeitsbereiche, und damit auch neue Entwicklungsräume. Rosenmayr sagt: „Lernen erlaubt die Teilnahme an der Kultur und vermittelt Fähigkeiten, sich durch selber erworbene Kenntnisse und eine differenzierende Urteilskraft in ihr zu behaupten“. Die Möglichkeit durch Lernen neue Kontakte und Betätigungsfelder zu entdecken, aber auch die eigene Biografie reflektiert zu betrachten, ist in der nachberuflichen Phase aufgrund des Wegfalls vieler Rollen und Aufgaben von Bedeutung und stellt für Ältere oft eine besondere Motivation dar.

2. Frage: *Irgendwann muss ein Mensch doch einmal zur Ruhe kommen, und nicht immer weiter gedrängt werden zu lernen. Sehen Sie das anders?*

Schramek: Altersbildung ist oftmals in die Kritik geraten. Ihr wird dabei vorgeworfen, ältere Menschen zu infantilisieren, zu entmündigen, die letzte Lebensphase auch noch verschulen und sozialplanerisch verplanen zu wollen und die Lebenswelt Älterer zu kolonialisieren. Derlei Vorwürfe gehen aber an dem eigentlichen Ziel und dem Vorgehen altenbildnerischer Maßnahmen im engeren und weiteren Sinn vorbei. Denn Lernen/Bildung im Alter bedeutet inhaltliche und methodische Anregungen aufnehmen, die sich auf die Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft, auf die

Entfaltung von Fähigkeiten und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen positiv auswirken. Die Älteren werden dazu angeregt, genau zu prüfen, was sie lernen wollen und wie sie lernen wollen. Das zu diskutieren, gehört zu jeder guten Altersbildung dazu.

Köster: Es kann nicht darum gehen, Ältere zur Weiterbildung zu verpflichten. Dass der Ältere lernt, ist nicht zu bezweifeln: Ob bei der täglichen Lektüre der Tageszeitung oder beim Umgang mit dem Geldautomaten. Lernen ist sozusagen lebensnotwendig. Leider ist die organisierte und systematische Form des Lernens, also Bildung, gerade bei Älteren oft mit negativen Erfahrungen verbunden. Wer will sich schon freiwillig wieder auf die Schulbank setzen. Die meisten sind froh, diese Zeit hinter sich zu haben. Dies hängt damit zusammen, dass Lernen in der eigenen Lebensgeschichte oft mit Bevormundung, Fremdbestimmung oder gar mit Demütigungen zusammenhängt. Von dieser Art des Lernens sollten Ältere die Finger lassen. Das brauchen sie sich wirklich nicht mehr anzutun. Wir brauchen eine ganz neue Kultur des Lernens. Übrigens für alle Generationen.

3. Frage: *Ab welchem Alter soll ein Mensch „Weiterbildung“ betreiben?*

Schramek: Wir lernen von Geburt an täglich Neues und Lernen hört nicht auf, nur weil wir ein bestimmtes Alter erreicht haben. Die Frage ist also nicht, „ab welchem Alter sollte man Bildung betreiben“, sondern vielmehr, „warum sollte man damit aufhören“.

Köster: Bildung sollte eine lebenslange Möglichkeit sein. Ein Problem besteht darin, dass mit fortschreitendem Alter – auch schon zum Ende der Berufstätigkeit – die Teilnahme an Bildung abnimmt. Auch im internationalen Vergleich steht Deutschland hier nicht gut da. Für die Altersbildung muss in Forschung und Praxis noch einiges auf den Weg gebracht werden. Hier stehen wir erst am Anfang.

4. Frage: Welche Art von Weiterbildung kann oder soll das überhaupt sein? Wie sollte Weiterbildung im Alter konkret betrieben werden?

Schramek: Lernen oder Bildung im Alter unterscheidet sich vom Lernen in der Jugend und im Beruf, ihm liegen andere Voraussetzungen zu Grunde. Ältere Menschen lernen anders als Jüngere. Im Alter wirken zum Beispiel ein klarer Sinnbezug, eine unmittelbare Erfolgsbestätigung, die Möglichkeit, neue Lernerfahrungen an früher Gelerntes oder Bekanntes anzuknüpfen, die direkte Verwendbarkeit, eine sofortige Umsetzung des Gelernten und die Berücksichtigung individueller Wünsche, Bedürfnisse und Interessen positiv auf den Lernprozess und -erfolg.

Angebote für Ältere, die sich an der Lebensgestaltung und dem Handlungspotential früherer Lebensabschnitte orientieren, finden großen Anklang bei der Zielgruppe, denn Erfahrungen zeigen, mehrheitlich werden im Alter Tätigkeiten fortgeführt, die auch früher in dem Handlungsspektrum der Person lagen, obwohl von Älteren auch ganz neue Aufgaben entdeckt werden.

Sie fragen auch welcher Art die (Weiter-)Bildung im Alter sein kann/ soll. In der Praxis sind viele, sehr unterschiedliche Formen erkennbar und das ist gut. Die Älteren von heute sind nicht alle gleich, ich meine, das Alter hat viele Gesichter, daher müssen auch die Angebote differenziert und vielfältig sein – vom Lernen in einer Universität über Lernen in (VHS)Kursen, in alltäglichen Lebensbereichen, e-learning, in Gruppen oder zu Hause am PC etc. Es kommt nicht auf eine bestimmte Art der (Weiter-)Bildung an, vielmehr sollten sich die Angebote, an den Voraussetzungen des Lernens im Alter, an den Bedürfnissen, Vorlieben und Interessen der Zielgruppe orientieren.

Köster: Ältere müssen selbst in die Planung und Realisierung einbezogen werden. Das ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Wir sollten Älteren Mut machen, sich auf das „Abenteuer“ Bildung einzulassen. Grundsätzlich ist die Lernfähigkeit bis ins hohe Alter

gegeben. Besonders bei den zukünftig Älteren ist mit großen Bildungsinteressen zu rechnen. Hierauf ist die Politik noch kaum eingestellt.

5. Frage: Viele Institutionen – Volkshochschulen, Familienbildungsstätten usw. – haben speziell für Alte Angebote im Programm. Solche Angebote kosten Geld – das wiederum wird immer knapper. Sollte dann nicht daran gedacht werden, Weiterbildung für Ältere einzuschränken, um sie jüngeren Menschen anzubieten?

Schramek: In unserer Gesellschaft werden Jugendlichkeit und Leistung hoch bewertet. Dennoch können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, eine Altersgruppe, zum Beispiel Ältere, auszugrenzen. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft alle Altersgruppen einzubeziehen und alle Altersgruppen, so auch Ältere, darin zu befähigen an den gesellschaftlichen, technischen und kulturellen Veränderungen und Entwicklungen teilzunehmen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass lebenslanges Lernen und damit Partizipation die Lebensqualität, Zufriedenheit und Gesundheit fördern. Das Sprichwort „wer rastet, der rostet“ ist also nicht falsch. Und so sind Angebote für Ältere von Bedeutung für die Gesellschaft. Investitionen in das „Alter“ sind zugleich Prävention vor Lebensverdruss, Rückzug und ein Leben in Abhängigkeit und Krankheit.

Köster: Leider gehört es zu unserem neoliberalen Zeitgeist, dass den Menschen eingeredet wird, Ältere müssten aus Generationensolidarität Verzicht üben. Ja, die Älteren bzw. der demographische Wandel werden zum Bedrohungsszenario für den Sozialstaat, für die ganze Gesellschaft gemacht. Dem ist ganz entschieden zu widersprechen. Die gesellschaftliche Konfliktlinie verläuft nicht zwischen den Generationen. Es geht um eine sozial gerechte Verteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums. Die UNO hat in ihrem Aktionsplan über das Altern in Madrid den richtigen Weg aufgezeigt: Sie betont, dass die Befriedigung der Bildungsbedürfnisse Älterer besonderer Maßnahmen bedarf. Im übrigen gibt es überzeugende Praxisbeispiele, bei denen Jung und

Alt gemeinsam lernen. Notwendig wäre vielmehr, den Älteren Orientierungshilfen in der Weiterbildungslandschaft zu geben, an welchen Kursen man sich beteiligen sollte/könnte. Hier müssten Qualitätsstandards in der Altersbildung entwickelt werden. Das ist eine dringende Aufgabe.

6. Frage: Sollten sich ältere Menschen nicht in die übrigen gesellschaftlichen Gruppen für eine Weiterbildung integrieren. Oder ist es besser, spezielles Wissen für Alte anzubieten?

Wenn Antwort ja, dann die Frage: Warum?

Schramek: Diese Frage ist unter zwei Gesichtspunkten zu sehen. Zum einen sind intergenerative Angebote – also die Begegnung mit anderen Altersgruppen – anregend und werden von Älteren sehr gewünscht. Der wechselseitige Austausch wirkt sich aktivierend aus auf alle Altersgruppen. Jede Gruppe – Jung und Alt – haben Zugang zu Erkenntnissen, Kultur- und Wissensbereichen, die der anderen Gruppe fehlen. Im wechselseitigen Diskurs können diese Erkenntnisse ausgetauscht werden, beide Gruppen gelangen zu neuen Einsichten und die Vorstellung von der anderen Generation kann sich verändern. Jüngere können so eine andere Sicht des (eigenen) Altersprozesses entwickeln; Ältere können dagegen an den Strömungen der Zeit, neuen (technischen) Entwicklungen, Trends und an der Vitalität der Jugend teilhaben. Auf der anderen Seite muss aber auch die Möglichkeit gegeben sein, dass Ältere mit Gleichaltrigen zusammen kommen. Der Austausch mit Gleichaltrigen ist in jeder Altersphase wichtig. Mit Gleichaltrigen ist anderes Lernen möglich, aber auch ein anderer Austausch, denn viele Erfahrungen und Erlebnisse fehlen Jüngeren, hier können Gleichaltrige kompetente Gesprächspartner sein.

Köster: Es kann nicht darum gehen, Ältere in der Weiterbildung grundsätzlich von anderen zu trennen. Auch aus diesem Grunde setzt sich in der Geragogik auch zunehmend der Begriff »Altersbildung« statt „Altenbildung“ durch. Es gibt aber für Ältere genera-

tionsspezifische Fragen, wie zum Beispiel die Bewältigung des Übergangs von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand, das biographische Lernen, bei dem es um die Reflexion von Erfahrungen geht, um sich neue Ziele im Alter zu setzen.

7. Frage: *Letzten Endes zahlt der Steuerzahler doch die Zeche. Hat die Gesellschaft eigentlich einen Nutzen davon, wenn ältere Menschen neue Lernerfahrungen machen, sich neues oder ergänzendes Wissen aneignen?*

Schramek: Ich habe bereits angedeutet, dass der Nutzen beträchtlich ist. Die gesellschaftliche Unterstützung der Älteren bei der Bewältigung der Entwicklungsaufgaben und der Erfüllung der gesellschaftlichen Anforderungen erfolgt im ureigensten Interesse der Gesellschaft, denn sonst läuft sie Gefahr mit einer wachsenden Gruppe verbitterter und psychologisch unproduktiver alter Menschen konfrontiert zu sein.

Köster: Es gibt ein Zitat von dem Kritiker der Genforschung Erwin Chargaff. Er sagt: „Der Zivilisationsstand einer Gesellschaft ist daran zu messen, wie sie mit ihren Kindern und den Alten umgeht“. Zum Umgang mit Älteren gehört natürlich auch, die Möglichkeit der Weiterbildung. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, unabhängig vom Alter. Und wenn dieses Recht in Anspruch genommen wird, „nutzt“ es auch der Gesellschaft. So haben Kohli und Künemund in einer Untersuchung herausgefunden, dass Altersbildung eine zentrale Voraussetzung für das zivilgesellschaftliche Engagement ist. Sie schätzen den ökonomischen Wert auf mindestens 40 Milliarden Euro im Jahr. Dies entspricht einem Fünftel aller öffentlichen Altersrenten- und Pensionsleistungen. Der gesellschaftliche Wert für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist noch viel höher zu bewerten. Die UNO bezeichnet in ihrem Aktionsplan die Investitionen in die Altersbildung als „höchst produktiv“. Also das, was hier investiert wird, erhält die Gesellschaft an Vielfachem von den Senioren zurück. Darüber hinaus ist Altersbildung ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie.

8. Frage: *Kommen wir zum Thema „Studium im Alter“, das seit Jahrzehnten angeboten und genutzt wird, aber mittlerweile nicht mehr ganz unumstritten ist: Die Alten nehmen den Jungen den Studienplatz weg, zumindest aber den Sitzplatz im Hörsaal. Die Alten studieren nur zum Spaß, manchmal ist auch Imagepflege dabei, aber konkrete Ergebnisse gibt es selten. Stimmen diese Beschwerden?*

Schramek: Diese Beschwerden sind ernst zu nehmen. Das gemeinsame Lernen muss von beiden Seiten gelernt werden. Meine Erfahrungen zeigen aber, dass die Älteren an der Universität Dortmund mit großem Interesse und mit viel Energie dabei sind. Sicher haben sie Spaß am Lernen, ich habe zum Teil einen beträchtlichen Wissensdurst erlebt, doch ist dies kein Spaß im Sinne von nicht ernsthaft oder nicht angemessen. Pro Jahr nehmen an der Universität Dortmund 60 Ältere an dem Weiterbildenden Studium für Senioren teil – sie studieren nach einer eigenen Studienordnung, die sich von der junger Studenten unterscheidet. Für die Betreuung der Seniorenstudenten ist ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zuständig, der auf ihre Belange eingeht. Sie sehen, die Zahl der Älteren an der Universität ist überschaubar und in Dortmund sind extra Rahmenbedingungen geschaffen worden, die für das Gelingen der gemeinsamen Lernsituation sehr förderlich sind.

Es stimmt auch, das Ältere sich aktiv und engagiert an Seminaren beteiligen. Oft können sie so die Theoriegebilde mit Erfahrungen füllen und durch eigene Erlebnisse veranschaulichen. Dies fördert das Verständnis. Dabei lernen die älteren Studierenden in ihrer Orientierungsphase an der Universität, in der Situation mit jungen Studenten eigene Erfahrungen gezielt einzubringen, so dass der wissenschaftliche Lernprozess also nicht wie oft befürchtet permanent durch umfassende Erfahrungsberichte gestört wird.

Köster: Das Studium im Alter sollte nicht der Imagepflege dienen. Es muss zielorientiert und wissenschaft-

lich fundiert sein. In einer Umfrage des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie in NRW haben 20 Prozent der Befragten angegeben, an wissenschaftlicher Weiterbildung interessiert zu sein. In NRW nehmen aber lediglich 0,19 Prozent der Älteren an einem „Seniorenstudium“ teil. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Studienbedingungen im Erststudium schon jetzt verbesserungswürdig sind, müssen hier noch enorme Anstrengungen unternommen werden.

9. Frage: *Sollte es für Senioren, die über viele Semester ein Studium im Alter betreiben, nicht selbstverständlich sein, einen Abschluss zu erreichen, um dann konkrete ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen?*

Schramek: Das Weiterbildende Studium für Senioren in Dortmund zielt genau darauf ab. Ältere erproben neue Lernfelder und erfahren neue Zusammenhänge mit dem Ziel, sich nach ihrem zertifizierten Abschluss ehrenamtlich zu engagieren. Viele tun dies auch schon vorher oder während des Studiums, und wollen hier gezielt ihr Wissen in bestimmten Bereichen erweitern. Es kommt aber auch vor, dass Ältere sich erst orientieren und nach einer Vertiefung der Kenntnisse in einem Prozess überlegen, wo und wie sie sich zukünftig einbringen möchten. Insgesamt sind die Engagement-Felder dabei sehr vielfältig.

Grundsätzlich gilt natürlich aber – wenn wir nicht die gerade kritisierte Entmündigung der Älteren wollen – dass wir Entscheidungsfreiheit lassen: nicht für jeden ist zu jeder Zeit ein Engagement nach außen das Richtige. Das muss den Älteren schon selbst überlassen bleiben...

Und zudem, das sei abschließend noch einmal betont, unterliegt Bildung im Alter nicht dem Kriterium der Nützlichkeit um jeden Preis. Hier geht es um eine Bereicherung des Lebens – und wenn Ältere ein sinnerfülltes Leben führen, wenn sie ihre Erfahrungen reflektiert haben, so strahlt dies in jedem Fall auf die Gesellschaft zurück.

Das Interview führte Elke Seul

KONTROVERSE DISKUSSION UM GESUNDHEITSREFORM

Mit 80 keine neue Hüfte mehr – Schmerzmittel statt teurer Operation?

Eine Altersgrenze für bestimmte teure medizinisch-technische Leistungen hat der katholische Theologe und Volkswirtschaftler Joachim Wiemeyer (geb. 1954) in der *Herder Korrespondenz* 56 vom Dezember 2002 gefordert. Der Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum hält es „für gerecht, bestimmte teure medizinische Leistungen ab einer bestimmten Altersgrenze nicht mehr vorzusehen, sondern sich in solchen Fällen etwa auf eine Behandlung akuter Schmerzen zu beschränken.“ Alten Menschen würde dann „eine technisch mögliche Behandlung eventuell vorenthalten, die in ihrer aktiven Berufstätigkeit vor zehn oder 15 Jahren noch gar nicht möglich war.“

Der in diesem Zusammenhang erhobene Vorwurf der „Altersdiskriminierung“ beruhe auf einem Denkfehler, „weil nur Personen mit einem unabänderlichen Merkmal (etwa Geschlecht, Religion, Hautfarbe) im Verhältnis zu anderen ungleich behandelt werden können, während alle Menschen älter werden – außer denen, die vor dem Alter versterben und in deren Interesse, einen frühzeitigen Tod zu verhindern, eine Altersrationierung eingeführt wird. Im Alter gelten für alle die gleichen Regeln.“ Die Redaktion von „NUN REDEN WIR“ hat Prof. Dr. Joachim Wiemeyer zu diesem Thema folgende Fragen gestellt.

Frage: Ihre Sparvorschläge zur Gesundheitsreform treffen vor allem alte Menschen. Verständlich, dass viele von ihnen entrüstet aber auch enttäuscht reagieren. Würden Sie Ihre Thesen auch in einer Gesprächsrunde mit alten Menschen vertreten?

Antwort: Selbstverständlich. Ich scheue mich nicht in einer solchen Runde über dieses Thema zu diskutieren. Das Grundproblem ist doch dieses: Wenn das durchschnittliche Lebenseinkommen eines Deutschen

eine Million Euro beträgt, muss man entscheiden, ob man davon 100.000 oder 200.000 Euro für die Gesundheit ausgeben will. Wer lieber 200.000 Euro statt 100.000 Euro für Krankenhausbildung ausgeben möchte, müsste andere Ausgaben streichen. Wer möchte aber auf seinen Urlaub verzichten, um dafür mit 80 Jahren drei Monate auf einer Intensivstation zu verbringen.

Frage: Nun verdienen nicht alle Menschen eine Million Euro?

Antwort: Das stimmt. Wer mehr verdient, zahlt auch mehr in die Gesundheitskasse ein, um anderen, die we-

Die radikalen Sparvorschläge von Prof. Dr. Joachim Wiemeyer treffen vor allem ältere Menschen. Um dies an einem einfachen Beispiel zu verdeutlichen: Ein alter Herr hat massive Probleme mit seiner Hüfte. Er kann kaum noch vor die Tür gehen und folglich so gut wie gar nicht mehr an seinem sozialen Umfeld teilnehmen. Eine neue Hüfte würde helfen. Diese Operation ist heute Standard und hat bereits vielen älteren Menschen „wieder auf die Beine geholfen.“ Da der alte Herr aber bereits 82 Jahre ist und Hüftoperationen nur noch bei Menschen bis zum 75. Lebensjahr vorgenommen werden, erhält der ältere Mensch hypothetisch nur noch schmerzstillende Medikamente.

Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung zu den Vorschlägen von Prof. Dr. Wiemeyer. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. Mai 2003.

niger verdienen, die medizinischen Leistungen zu finanzieren. Wir müssen uns bereits mit 20 Jahren überlegen, spare ich alles, um mit 80 noch auf einer Intensivstation behandelt zu werden oder gebe ich mein Geld für Urlaub aus?

Frage: Menschen, die ein ganzes Leben lang gearbeitet und ihre Versicherungsbeiträge entrichtet haben, sollen nun jenseits der 70 erfahren, dass nicht mehr alle medizinischen Fortschritte für sie bezahlbar sind. Sie werden mit Schmerzmitteln im wahrsten Sinne des Wortes „abgespeist“. Halten Sie das für gerecht?

Antwort: Die heutigen älteren Leute haben im Durchschnitt nur acht Prozent ihres Einkommens für die Krankenversicherung aufgewendet. Obwohl sie selbst nur so wenig aufgewendet haben, erwarten sie, dass die jüngere Generation heute 16 Prozent ihres Einkommens für die Gesundheit der Älteren ausgibt.

Die Beitragssätze sind deshalb heute so hoch, weil die ältere Generation nicht für ausreichenden Nachwuchs gesorgt hat. Weiter steigende Beitragssätze würden bei uns das Problem der Arbeitslosigkeit noch verschärfen und damit die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaates weiter schwächen. Ein gesundes Wirtschaftswachstum würde allerdings viele Probleme erleichtern.

Frage: Sie sind Professor für Christliche Gesellschaftslehre? Sind Ihre Thesen mit der christlichen Ethik vereinbar?

Antwort: Der Ethiker muss sich mit Konfliktsituationen beschäftigen. Er ist dann aufgerufen sich zu Wort zu melden, wenn schwierige Entscheidungen zu treffen sind. Die Diskrepanz zwischen dem medizinisch-technischen Fortschritt und der demografischen Entwicklung einerseits und der Finanzierbarkeit andererseits sind der längerfristige Grundkonflikt, auf den man aus ethischer Perspektive eine Antwort geben sollte. Wenn nicht alles finanzierbar ist, muss jemand entscheiden, wer medizinische Leistungen erhält oder wem sie vorenthalten bleiben. Dies kann der einzelne Arzt sein, die Krankenhausverwaltung, die Krankenkasse oder der Gesetzgeber. Ich meine,

dass diese Fragen öffentlich diskutiert werden müssen. Zu dieser öffentlichen Diskussion wollte ich einen Beitrag leisten. Gerade als Ethiker fühle ich mich verpflichtet, rechtzeitig auf schwerwiegende Probleme in unserem Gesundheitswesen hinzuweisen. Es darf dort nicht so wie bei der Rentendiskussion sein, wo die Konflikte 20 Jahre verdrängt wurden, obwohl die Fakten in der Wissenschaft schon lange bekannt waren.

Frage: Ich habe mit älteren Menschen gesprochen. Sie befürchten, dass sich unter dem Deckmantel von Sparvorschlägen und Strukturreformen die Euthanasie wieder einmal in unser gesellschaftspolitisches Denken einschleicht?

Antwort: Dieses Phänomen ist aus den Niederlanden bekannt, wo ja die aktive Tötung auf Verlangen gesetzlich abgesichert ist. Meine Vorstellungen haben damit nichts zu tun, weil ich die Euthanasie ablehne. Es geht vielmehr darum, dass man bestimmte teure Therapieformen nicht mehr in allen Fällen anwendet und man sich auf sparsamere Therapieformen beschränkt. Häufig ist es ja heute schon so, dass man das Leben alter Menschen kurzfristig mit hohen Kosten verlängert, ohne dass diese Menschen dadurch einen echten Zugewinn an Lebensqualität erhalten. In anderen Ländern wie in England oder Dänemark hat man ja schon Altersgrenzen für bestimmte teure medizinische Leistungen eingeführt.

Frage: Wir wissen alle, dass es Strukturreformen in unserem gesamten Sozialsystem geben muss. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen dafür unter Umständen ihre Ansprüche zurückschrauben. Aber warum soll nach Ihren Vorschlägen nur die ältere Generation betroffen sein?

Antwort: Nach meiner Auffassung soll keineswegs nur die ältere Generation betroffen sein. Zum einen müssen für die Finanzierung des Sozialstaates vor allem Kinderlose stärker gefordert werden. Zum anderen müssen auch wirtschaftlich leistungsfähige Personen zum Beispiel Bezieher von Zins- und Gewinneinkommen stärker zur Finanzierung des Gesund-

heitswesens herangezogen werden.

Frage: Es muss doch andere Wege geben, als eine Altersgrenze für bestimmte medizinische Leistungen, um unser Gesundheitswesen zu sanieren?

Antwort: In unserem Gesundheitswesen gibt es noch eine Reihe von Möglichkeiten, die vorhandenen Mittel effizienter einzusetzen. Dazu gehört zum Beispiel eine bessere Abstimmung von ambulanter und stationärer Versorgung. Weiterhin ist der Behandlungsprozess zwischen den verschiedenen Leistungsanbietern – Hausarzt, Facharzt Krankenhaus – besser aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus ist die Höhe der Einkommen und Gewinne mancher Leistungsanbieter – zum Beispiel Pharma-Industrie – kritisch zu hinterfragen.

Eine verstärkte Gesundheitsvorsorge könnte den Bedarf an medizinischen Leistungen senken. Alle diese Maßnahmen müssen natürlich zuerst ergriffen werden, bevor man Altersgrenzen für medizinische Leistungen einführt.

Trotzdem gehen viele Gesundheitswissenschaftler davon aus, dass man um eine Leistungsbeschränkung nicht umhin kommt.

Frage: Wäre es nicht sinnvoll, gemeinsam mit der älteren Generation Spar- und/oder Reformvorschläge zu diskutieren? Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen wäre durchaus bereit, Ihnen ein entsprechendes Diskussionsforum zu bieten.

Antwort: Ich begrüße alle Vorschläge, die andere Möglichkeiten der Finanzierung aufzeigen und zu einer größeren Effektivität im Gesundheitswesen führen, so dass eine Beschränkung möglicher, aber nicht mehr bezahlbarer Leistungen nicht notwendig wird. Man darf sich dabei aber keinen Illusionen hingeben, die Gesundheitsausgaben werden in den nächsten Jahrzehnten schnell 100 Milliarden Euro mehr als heute ausmachen. Dies ist ein größerer Betrag, als heute alle Schulen und Hochschulen zusammen kosten und viermal so hoch wie der Verteidigungsetat.

Das Interview führte Elke Seul

DIN-Ausschuss Betreutes Wohnen

Teilnahme der LSV NRW abgelehnt

Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2002 bemüht, Mitglied im Ausschuss zur Definition des sogenannten „Betreuten Wohnens“ zu werden. Die LSV NRW vertrat dabei gleichzeitig die Bundesseniorenvertretung. In diesem DIN-Ausschuss befindet sich kein Vertreter aus dem Kreis betroffener Menschen. Trotzdem nahm der Ausschuss die LSV NRW nicht auf. Hintergrund: Für die Aufnahme muss eine erhebliche Beitragssumme gezahlt werden. Diese konnte und kann weder von der LSV NRW noch von der Bundesseniorenvertretung aufgebracht werden. Im Interesse der Sache bat die LSV NRW um eine beitragsfreie Aufnahme. Das Angebot zur Mitarbeit wurde aber

vom DIN-Ausschuss abgelehnt. Auch die Unterstützung anderer Ausschussmitglieder für eine Teilnahme der ehrenamtlichen Interessenvertretung älterer Menschen führte nicht dazu, dass eine beitragsfreie Teilnahme der LSV NRW an der DIN-Ausschussarbeit möglich wurde.

Nun wird der DIN-Ausschuss die Kriterien „Betreutes Wohnen“ für betroffene Menschen und nicht mit ihnen erarbeiten. Kommunen zahlen übrigens keinen Beitrag für ihre Teilnahme am DIN-Ausschuss!

Da auch dem DIN-Normausschuss die Auswirkungen des demografischen Wandels bekannt sein dürften, ist dies nach Meinung der LSV NRW kein guter Start für ein so wichtiges Vorhaben.

Kommentar

Fahrplanwirtschaft

Es hagelt Kritik von allen Seiten. Und sie will nicht verstummen. Bissige Kommentare in Zeitungen und Magazinen sowie ganze Spalten mit Leserbriefen von verärgerten Bahnreisenden gehören längst zum Alltag.

Es geht um die Bahnreform – die „Jahrhundertreform“. Wobei wohl nicht jedem klar ist, von welchem Jahrhundert die Rede ist. Denn die vielen Vorzüge mit den Zügen bei dieser Reform wollen partout nicht in die Köpfe vieler Reisender, für die sie ja erdacht worden sind. Man muss sie ja begreifen. Und das fällt schwer, wenn zum Beispiel in Münster Reisende an drei verschiedenen Bahnschaltern drei verschiedene Antworten auf ihre Fragen bekommen haben, wie in den Medien bei einer Umfrage ermittelt wurde. Nun war den Medien zu entnehmen, dass der Bahnchef Kritiken nicht nur zur Kenntnis nimmt, er nimmt auch mal übel und gegebenenfalls ein Gericht in Anspruch. Also besser erst einen Anwalt konsultieren und dann Beschwerden einreichen.

Wie ist das denn nun mit den Vorteilen für die Bahnkunden? Also: Die

neue Bahncard kostet nur noch halb so viel wie die alte. Allerdings bringt sie lediglich eine Ermäßigung von 25 Prozent. Dafür wiederum berechtigt sie zu den Preisnachlässen für diejenigen, die mindestens 14 Tage vorher buchen – falls das Kontingent für Frühbucher nicht erschöpft ist. Und das kann – je nach Reiseroute – sehr schnell der Fall sein. Viele mussten deshalb ihre Fahrpläne ändern. Wer also sparen muss – und das sind sehr viele, wahrscheinlich die meisten – der muss sich sehr frühzeitig entscheiden. Er kann trotzdem nicht immer reisen wann er will. Er muss sich schon danach richten, ob es noch die günstigeren Karten gibt. Wehe, er hat sich ganz früh festgelegt und kann dann seine Reise, aus welchen Gründen auch immer, nicht antreten. Das kann ins Geld gehen.

Und wer sich wie gewohnt spontan auf den Schienenweg begeben will, verhält sich am besten wie auf dem Flughafen: Eine Stunde vor Abfahrt da sein, denn der Kauf einer Fahrkarte kann dauern. Es gibt zwar mehrere Schalter, aber ebenso viele Schlangen davor. Die Gründe sind leicht zu ermitteln: Bei der Aufstellung der Fahrkartenautomaten wurde nicht gespart. Wenn der Bahnkunde aber erst ermittelt hat, welcher der verschiedenen Ticket-

automaten für seinen Zielbahnhof zuständig ist, hat er die erste Hürde zwar genommen. Doch nun steht ihm ein noch größeres Dilemma bevor. Nachdem der Bildschirm des Automaten die erste Berührung vom Kunden erfahren hat, antwortet dieser mit einer Unzahl von persönlichen Fragen an den Reisenden, mit einer Gründlichkeit, dass man sich fragen muss, warum der Geburtstag der Großmutter noch nicht abgefragt wurde. Ein vorher absolvierter Experten-Computerkurs könnte für Erleichterung sorgen, doch welcher Kunde, insbesondere aber der ältere Mensch, der ja auch Bahnkunde sein will, hat diese Voraussetzung?

Zum Reformieren gehört wohl auch, dass manche liebgewordene Verbindung durch Umsteigen angereichert worden ist. Nun kann zwar immer mit Verspätungen gerechnet werden, aber das gilt ja nicht immer für den Zug, den man beim Umsteigen erreichen will. Der könnte ja pünktlich sein.

„Ich habe den Verdacht“ sagt ein Bahnkunde in der Warteschleife vor dem Schalter, „dass selbst die Bahnoberen durch ihr Tarifdschun-gelbuch nicht durchblicken“.

Es gibt also noch sehr viel zu tun. Warten wir es ab.

Günter Illhardt

Seit Anfang Juni 2001 gibt es in Münster das Modellprojekt „LIMITS“, ein Projekt der Forschungsgruppe Pflege und Gesundheit e.V. Münster, das sich mit Fragen stellvertretender Entscheidungsfindung beschäftigt.

Trotz eindrucksvoller Angebote und zukunftsweisender Anstrengungen in der Sterbebegleitung fehlen bisher Antworten auf Fragen wie: „Wie wird über mich entschieden, wenn ich selbst nicht mehr entscheiden kann?“

Um die Lebensqualität, Würde und Selbstbestimmung der Betroffenen in der letzten Lebensphase sicherzustellen – insbesondere wenn sie nicht mehr einwilligungsfähig sind – müssen die verschiedenen Beteiligten-

Selbstbestimmt leben, menschlich sterben, füreinander entscheiden

gruppen und Verantwortlichen (Betroffene, Angehörige, Heim- u. Pflegedienstleitungen, Pflegende, Hausärzte, Notärzte, Betreuer etc.) stärker miteinander vernetzt werden. Gemeinsam müssen verbindliche Kooperations- und Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, damit die Selbstbestimmung der Betroffenen – im Seniorenheim und im häuslichen Kontext – in der Schwerstpflege- und Sterbephase abgesichert wird.

Folgende Partner und Partnerinnen unterstützen dieses Ziel:

➤ die Ärztekammer Westfalen-Lippe

- die Landesseniorenvertretung NRW
- der Münsteraner Seniorenrat
- die Heimbeiräte in der Stadt Münster
- das Diakonische Werk und die Caritas Münster
- die Hospizbewegung und die Hospizkoordinationstelle ALPHA
- die Heimleitungen
- die Örtliche Pflegekonferenz
- der Ärztliche Arbeitskreis für Sterbebegleitung bei der Ärztekammer Westfalen-Lippe.
- die Stadt Münster

Modellprojekt *LIMITS*

Das dreijährige Projekt wird von der Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege, des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, von der Stadt Münster und der Friedrich und Irmgard Buschmann-Stiftung in Münster gefördert.

Das Modellprojekt „LIMITS“ hat die erste Projekt-Phase der systematischen Analyse der Kooperationsprobleme aus Sicht der einzelnen Beteiligungsgruppen

- Bewohnerinnen und Bewohner von Seniorenheimen
- Pflegekräfte der stationären Altenpflege
- Pflegekräfte der ambulanten Dienste

- Hausärztinnen und Hausärzte
- pflegende Angehörige in der Schwerstpflege- und Sterbesituation

abgeschlossen und die Befragungsergebnisse in einem Zwischenbericht dargestellt.

In der zweiten Phase (September 2002 – Mai 2003) werden die Befragungsergebnisse der Beteiligungsgruppen miteinander in Beziehung gesetzt und den verschiedenen Lebenswelten

- Lebenswelt stationär versorgter Menschen,
- Lebenswelt ambulant versorgter Menschen und
- die Lebenswelt selbstständig lebender Menschen

zugeordnet. Bezogen auf die einzelnen Lebenswelten werden im nächsten Schritt „Agenden“ – Was ist für jede Beteiligungsgruppe zu tun? – erarbeitet. Das Hauptaugenmerk wird auf der Entwicklung innovativer Instrumente mit dem Ziel der Implementierung verlässlicher Entscheidungsstrukturen liegen:

- zur Verbesserung der Arbeits- und Kooperationsformen in der Sterbebegleitung
- zur Kompetenzentwicklung aller Beteiligten
- zur Veränderung des kulturellen Umgangs mit Sterben, Selbstbestimmung und Patientenrechten.

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

KÖLN

Mitwirkungsrechte in der Hauptsatzung verankert

Im ständigen Bemühen um die Verankerung von Mitwirkungsrechten der Senioren in der Gemeindeordnung ist die Seniorenvertretung Köln jetzt einen großen Schritt weitergekommen.

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 6. Februar 2003 dem Antrag aller Fraktionen zugestimmt, die Mitwirkungsrechte der Seniorenvertretung zu stärken und in der Hauptsatzung der Stadt Köln zu verankern. Die Hauptsatzung wird mit dem Ziel ergänzt, dass die Kölner Seniorenvertretung in die für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt und Stadtentwicklung zuständigen Fachausschüsse sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner entsenden kann.

Darüber hinaus wird der Landtag des Landes NRW zu folgenden Änderungen der Gemeindeordnung aufgefordert:

- In den Gemeinden des Landes ist eine Seniorenvertretung nach dem Vorbild des Ausländerbeirates im Sinne des § 27 der Gemeindeordnung zu bilden.
- Die Mitglieder der Seniorenvertretung werden von Einwohnerinnen und Einwohnern, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, gewählt.
- Die Gemeinden beteiligen die Mitglieder der Seniorenvertretung als sachkundige Einwohner an der Arbeit der seniorenrelevanten Ratsausschüsse.
- Auf Gemeindeebene und auf Stadtbezirksebene werden Arbeitsgemeinschaften gebildet, in die die Seniorenvertretung, Wohlfahrtsverbände und die Fraktionen des Rates beziehungsweise Bezirksvertretungen Mitglieder entsenden. Die Stadtarbeitsgemeinschaft besitzt das Recht, die Anregung oder Stellungnahme dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen.

BOCHOLT

Mit dem Engagement steigt Informationsbedarf

Bei der Bestandsaufnahme der Aktivitäten des Seniorenbeirates der Stadt Bocholt der letzten zwei Jahre war auffällig, dass die Mitglieder des Beirates ein großes Bedürfnis an fachkundlicher Information entwickelt haben. Das beweist unter anderem folgender Themenkatalog aus den Aktivitäten von 2001 und 2002:

- Besichtigung eines neuen und eines baulich erweiterten Pflegeheimes und Vorstellung der Konzepte für die Führung dieser Häuser
- Informationen und Referate über:
 - Initiative zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Altenhilfe
 - Begutachtung des Medizinischen Dienstes bei Leistungen der Pflegeversicherung

Handlungskonzept zur Sicherstellung der komplementären Dienste des Kreises Borken

Betreutes Wohnen

Seit Jahren hat sich der Bocholter Seniorenbeirat das Ziel gesetzt, Brücke zu sein für alle Lebensbereiche zwischen älteren Bürgern und Behörden und Institutionen.

Derzeit stellt sich ein Schwerpunkt heraus, und zwar benötigen die Senioren in der vierten Lebensphase, nämlich die pflegebedürftigen Senioren, eine besonders große Aufmerksamkeit. Durch den vielseitigen Informationsaustausch konnten die Beiratsmitglieder befähigt werden, ein Netzwerk für hilfeschuchende Senioren und deren Angehörige zu entsprechenden kompetenten Stellen zu knüpfen. Die Zahl, wie oft die Mitglieder des Beirates mit Rat und Tat den Betroffenen helfen, ist eine Ziffer, die dem Verborgenen wohl vorbehalten bleibt.

RHEINE

„Jung und alt – gleiche Wünsche und Ziele

Ein überraschendes Ergebnis für beide Seiten: Das Fachseminar für Altenpflege Rheine und Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Rheine trafen sich zu einem Meinungsaustausch und diskutierten angeregt über Wünsche und Hoffnungen in der Altenpflege und stellten fest: Die Ängste, Bedürfnisse und Wünsche der Älteren deckten sich weitgehend mit denen der jungen Menschen. Auch die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten wurden in dieser engagierten Runde diskutiert.

Das Ergebnis dieses fruchtbaren Erfahrungsaustausches wurde gemeinsam in einer Resolution festgehalten und von Vertretern der Schüler, Lehrer, Senioren und der Stadt Rheine unterzeichnet. Zusammengefasst liegt *Jung und Alt* dabei die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Stärkung der Pfl-

getätigkeit, die Erhaltung der Selbstständigkeit, die Individualität in Altenheimen, die Berücksichtigung anderer Religionen und Kulturen, ausreichende Sprachkenntnisse bei ausländischen Mitarbeitern, die Einbeziehung der Angehörigen, die Stärkung und Aufwertung des Ehrenamtes, die Personalstärke muss angemessen und gewährleistet sein und der hohen Fluktuation im Bereich „Pflege“ muss vorgebeugt werden. Die Aktion „Jung und Alt“ wurde von einer Unterschriftenaktion unterstützt. 1473 Unterschriften wurden in Rheine geleistet, 982 von Senioren, 491 von jungen Menschen. Sie werden gemeinsam mit der Resolution weitergeleitet an das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie. Dies sei ein kleiner, wichtiger Beitrag zur landesweiten Kampagne *Zukunft der Pflege*, betonte Christa Koch, Koordinationsbeauftragte für Seniorenarbeit der Stadt Rheine.

RHEDE

Erfolg der „Zukunftswerkstatt“ Bibliothek und Internet-Café

Die erste und einzige Senioren-Bibliothek im Umkreis gibt es seit Oktober vergangenen Jahres in Rhede. Sie enthält Titel zu Fragen des Alternwerdens, zur Altersvorsorge, Gesundheit und Freizeit. Auch Bücher in Großdruck und Hörbücher werden künftig in den Regalen der Bücherei zu finden sein. Mit der Senioren-Bibliothek sei ganz gezielt die „erste Kooperation zwischen Bücherei, Stadt und Seniorenvertretung“ umgesetzt worden, erläutert die Leiterin der Bücherei, Elisabeth Blenker.

Ausgangspunkt sei die Zukunftswerkstatt der Senioren vor anderthalb Jahren gewesen, erklärt Bernhard Böing, Fachbereichsleiter Bildung und Soziales und Sprecher der Seniorenvertretung die Entwicklung. „Optimierung des seniorenspezifischen Kultur- und Bildungsangebotes“ sei eine der damaligen

Empfehlungen gewesen, die dann in Arbeitsgesprächen zwischen der Bücherei und der Seniorenvertretung umgesetzt worden sei. Derzeit sind 7,6 Prozent der Bücherei-Nutzer älter als 60 Jahre. In Rhede sind mit rund 3700 Bürgern rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre.

Der Initiative der Seniorenvertretung Rhede ist es auch zu verdanken, dass die Stadt ein Internet-Café als offenen Treffpunkt für alle Seniorinnen und Senioren ab 50plus anbieten kann. Der Treffpunkt wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt Rhede, die die Räume für das Internet-Café zur Verfügung stellte, eingerichtet.

Gerontotechnik geht auf Wanderschaft

Die Wohnung im Alter soll nicht nur gemütlich, sondern auch benutzerfreundlich, sicher und leicht zu pflegen sein. Dafür gibt es viele hilfreiche Produkte. Die GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik zeigt seit vielen Jahren in ihrer Dauerausstellung Produkte für den Lebensalltag älterer Menschen.

Ab Frühjahr 2003 beabsichtigt die GGT, diese Ausstellung durch eine Wanderausstellung zu erweitern. Ein Ausschnitt der Permanentausstellung soll in großen Einkaufszentren, Rathäusern, Banken etc. jeweils für zwei bis drei Wochen präsentiert werden. Gezeigt werden Gegenstände und Geräte für Küche, Bade- und Pflegezimmer ebenso wie Technik aus den Bereichen Elektroinstallation, Freizeit, Kommunikation und Sicherheit.

Kontaktadresse:

GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik mbH, Max-Planck-Str. 5, 58638 Iserlohn, Tel.: 0 23 71 / 95 95-0, Fax: 0 23 71 / 95 95-20, Mail: info@gerontotechnik.de

SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Siegen

Der Seniorenbeirat der Stadt Siegen, der im Juli 2002 für eine zweite Periode in Urwahl gewählt wurde, setzt sich aus 18 stimmberechtigten und 18 stellvertretenden Mitgliedern aus sechs Stadtbezirken zusammen. Die Stadt Siegen hat eine Seniorenbeauftragte, Astrid E. Schneider, die unsere Arbeit begleitet und unterstützt.

Unsere Arbeit begann mit einer Klausurtagung im Pallotti-Haus, Olpe, wo wir uns zunächst kennen lernten und das Programm für die vor uns liegenden fünf Jahre erarbeiteten.

Bei der ersten Sitzung des Seniorenbeirates wurden die Mitglieder und Sprecher für die sechs Arbeitskreise gewählt. Dabei war mit ausschlaggebend, welche beruflichen und privaten Verbindungen das einzelne Mitglied hat.

Es gibt viel zu tun in einer Stadt, die rund 30.000 ältere Bürgerinnen und Bürger hat. Um einen ersten Kontakt zu diesen herzustellen, haben wir einen Telefondienst eingerichtet. Hier können Fragen gestellt, Anregungen und Wünsche vorgetragen werden. Oft geht es um Wege in den Verwaltungen, die wir beschreiben müssen, aber auch um Probleme, die wir in den Arbeitskreisen besprechen und als Vorlage für die Sitzungen des Rates der Stadt Siegen bearbeiten.

Seitens der Stadt wurde ein altes Schulgebäude zur Verfügung gestellt, das eine Anlaufstelle für unsere älteren Bürger ist. In diesem selbstverwalteten Seniorenzentrum „Haus Herbstzeitlos“ tagen die Arbeitskreise des Seniorenbeirates, hier sind die Redaktion der Seniorenzeitung „durchblick“, die Seniorenhilfe Siegen e.V., die Agenda-Arbeitsgruppe „AlterAktiv“ und ein Senioren-Internet-Cafe beheimatet. Außerdem finden dort regelmäßig Veranstaltungen, Vorträge und Möglichkeiten des geselligen Beisammenseins statt.

Der Seniorenbeirat hat im ersten halben Jahr seines Bestehens eine Viel-

zahl von Aktivitäten vorzuweisen:

- Eine Vortragsreihe mit bekannten Politikern, Medizinern und Verwaltungsfachleuten zu brisanten, aktuellen Themen, in einer Brauerei-Gaststätte, in der man das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden kann.
- Sonntäglicher Tanztee in einer Diskothek

- Übernahme von Spielplatz-Patenschaften
- Initiierung von Lauf- und Walkingtreffs für Senioren
- Einrichtung einer Musterwohnung gemeinsam mit Firmen, um seniorengerechtes Wohnen darzustellen
- Organisation von Winterdiensten
Darüber hinaus wird aktuell an der



Das Foto zeigt Ministerialrat Peter Fettweis im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Hans Berner, und der Seniorenbeauftragten, Astrid E. Schneider, anlässlich einer Veranstaltung zum Thema „Gesund alt werden“

- in Benefizkonzert mit dem weltbekannten Geigenvirtuosen Wesselin Paraschkevoj zur Anschaffung eines Defibrillators, der bei Seniorenveranstaltungen eingesetzt werden soll, wenn es gilt, die Zeit zu überbrücken bis der Notarzt kommt.
- Anschaffung eines „SENIO-FLITZERS“, ein Fahrzeug für neun Personen, um bei Veranstaltungen in der Stadt präsent zu sein. Dieses Fahrzeug wird als mobiler Infostand in den Stadtteilen eingesetzt.
- Mitglieder des Seniorenbeirates gehen als Zeitzegen in die Schulen, um im Geschichtsunterricht Rede und Antwort zu stehen.

Nahversorgung durch Lebensmittel-läden in den Stadtteilen gearbeitet sowie an der Anbindung durch den Öffentlichen Personennahverkehr. Außerdem gilt der Situation in den Siegerner Alten- und Pflegeheimen das besondere Augenmerk.

Die Seniorenbeauftragte gibt überdies regelmäßig ein Handbuch „Älterwerden in Siegen“ heraus.

Derzeit arbeitet der Seniorenbeirat an der Realisierung von „Runden Tischen“ für die Stadtteile, um so mit den Verbänden und anderen Anbietern der Offenen Altenarbeit sowie den älteren Menschen selbst Lücken im Versorgungsnetz schließen zu können.

Seniorenbeirat der Stadt Siegen

SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Gladbeck

Die Stadt Gladbeck im Ruhrgebiet hat ca. 78.000 Einwohner. Davon sind rund 20.000 Bürger über 60 Jahre, also rund 25 Prozent. Rund 10.000 ausländische Mitbürger leben in der Stadt.

Vor 22 Jahren wurde der Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck gegründet. Die Zielsetzung war die Vertretung der Interessen älterer Menschen, insbesondere die Aktivierung und Intensivierung der Arbeit in Altentagesstätten und die Zusammenarbeit mit der Städtischen Altenhilfe, der heutigen Städtischen Seniorenberatung.

Von der Abteilung Altenhilfe wurden Seniorenvertreter aller Wohlfahrtsverbände und Seniorenclubs eingeladen. Nach mehreren intensiven Gesprächen fand am 3. Dezember 1979 im Ratssaal die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirats statt.

Der Seniorenbeirat hat heute 53 Mitglieder, der Vorstand besteht aus elf Personen mit folgenden Funktionen: Ein/e Vorsitzende/r, zwei Stellvertreter/innen, ein/e Kassierer/in, ein/e Stellvertreter/in, ein/e Schriftführer/in, ein/e Stellvertreter/in und vier Beisitzer/innen.

Andere in der Altenarbeit tätige Organisationen, Gruppen oder Verbände können auf Antrag einen Vertreter oder eine Vertreterin in den Beirat entsenden. Der Vorstand kann in der Seniorenarbeit erfahrene und kompetente Bürger als sachkundige Berater in den Beirat berufen.

Die beiden Vorsitzenden des Seniorenbeirates sind als beratende Mitglieder im Sozial- und Kulturausschuss der Stadt vertreten.

Bei allen Angelegenheiten, insbesondere bei geplanten Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbaubereich, von denen Senioren betroffen sind, wird der Seniorenbeirat vor der Beschlussfassung gehört.

Zur Aktivierung der Arbeit wurden verschiedene Arbeitskreise eingerichtet: Arbeitskreis Bildung, Arbeitskreis Intern@too, Arbeitskreis Medien, Ar-

beitskreis Partnerschaften, Arbeitskreis Radfahren und Wandern.

➤ **AK Bildung:**

Gespräche am Kamin, Villa Küster mit festen Themen, Fahrten, Museen, Ausstellungen und Betriebsbesichtigungen, Diskussionen und Info-VA

➤ **AK Intern@tto:**

Eine Gruppe von fünf Senioren und Seniorinnen betreut das Internet-Cafe im Fritz-Lange-Haus. Hier stehen drei Computer zur Verfügung und können von Montag bis Donnerstag von interessierten Bürgern über „50“ genutzt werden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es jetzt ein voller Erfolg.

➤ **AK Medien**

In diesem Arbeitskreis bilden sieben Seniorinnen und Senioren die Redaktion der Zeitung „Seni-Ohr“, die dreimal jährlich erscheint. Diese Zeitung und ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter tragen damit zu einer zielgruppenorientierten positiven Öffentlichkeitsarbeit bei. Die Zeitung wird kostenlos verteilt und hat eine Auflage von 3.000 Stück.

➤ **AK Partnerschaften:**

Es werden Begegnungen mit den Gladbecker Partnerstädten gepflegt und organisiert. Eine Partnerschaft des Seniorenbeirates besteht unter anderem zu der Stadt Halver.

➤ **AK Radfahren und Wandern**

Im Arbeitskreis Radfahren und Wandern arbeiten acht Senioren und Seniorinnen mit, die im laufenden Jahr 16 Radtouren und 14 Wandertouren durchführen. Die Aufgaben des Seniorenbeirates sind: Die Interessen der älteren Menschen in

unserer Stadt wahrzunehmen und auf die Rechte älterer Menschen zu achten.

Der Seniorenbeirat bekämpft alle Formen der Ausgrenzung oder Abwertung älterer Menschen. Er fördert Initiativen und Aktivitäten der Älteren Bürger und unterstützt den Dialog und die Solidarität der Generationen, mit dem Ziel eines aktiven Zusammenlebens.

Der Seniorenbeirat berät die Angelegenheit der Seniorinnen und Senioren und nimmt hierzu Stellung. Die vom Seniorenbeirat erarbeiteten Vorschläge und Empfehlungen werden nach besonderer Beschlussfassung den Ausschüssen der Stadt Gladbeck zugeleitet.

Die Seniorinnen und Senioren erreichen den Seniorenbeirat jeden Donnerstag im Beiratsraum des Fritz-Lange-Hauses in der Zeit von 9.00 bis 11.00 Uhr. Ab 8 Uhr findet dort im Saal des FLH das Seniorenfrühstück statt, das wöchentlich von 60 bis 80 Senioren besucht wird.

Außerdem führt der Seniorenbeirat seit dem Jahre 1984 jährlich eine sieben-tägige Studienfahrt durch. Sie dient dem Kennenlernen anderer Regionen und dem Erfahrungsaustausch mit Seniorenbeiräten aus anderen Städten.

Rolf Kauls, stellv. Vorsitzender des Seniorenbeirates Gladbeck



10 Jahre aktiv: Die Mitglieder des Seniorenbeirates Gladbeck

SENIOREN ONLINE (SOL) STELLT SICH NEUEN AUFGABEN

Projektverbund geht in die zweite Phase

Drei Jahre nach dem offiziellen Start am 21. Oktober 1999 kann Senioren OnLine auf eine erfolgreiche Projektzeit zurückblicken: Als bislang in Deutschland einziges umfassendes Internet-Projekt für Menschen ab 55 hat Senioren OnLine zur breitflächigen Etablierung von Senioren-Internet-Angeboten in Nordrhein-Westfalen mit rund 260 neuen Internet-Cafes entscheidend beigetragen, die Vernetzung regionaler Anbieter von Internet-Kursen und -Cafes initiiert, eine umfangreiche und mehrfach ausgezeichnete Senioren-Internet-Plattform aufgebaut sowie mehr als 40 Begleit- und Lernmaterialien für die Praxis erstellt.

Zum Ende der dreijährigen Projektlaufzeit haben sich neue Arbeitsgebiete für SOL erschlossen: Neue Medien sollen einen wesentlichen Beitrag zur Qualifizierung haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten und sich damit positiv auf die Qualität der Altenhilfe-Einrichtungen auswirken. Sowohl im Arbeitsfeld neue Medien als auch in der offenen Altenhilfe haben haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hohe Qualifikationsbedarfe. Fort- und Weiterbildungen in weniger populären Arbeitsfeldern sind rar und/oder können aus finanziellen Gründen nicht wahrgenommen werden. Darüber hinaus ist es für Praktikerinnen und Praktiker vor Ort immer wieder schwierig, an praxisnahe Fachliteratur und Konzepte zu kommen. In seiner zweiten Pro-

KONTAKTE:

Kuratorium Deutsche Altershilfe
Daniel Hoffmann
 daniel.hoffmann@kda.de,
 Telefon: 02 21 / 93 18 47-71
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland
Christian Carls
 fcCarls@dw-Rheinland.de,
 Telefon: 02 11 / 63 98-2 84
Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik
Bettina Bohlken
 bohlken@gerontotechnik.de,
 Telefon: 0 23 71 / 9 59 50

jektphase möchte SOL dieser Entwicklung entgegenwirken und ein besonderes Augenmerk auf die praktischen Einsatzmöglichkeiten der neuen Medien in der offenen Altenhilfe richten.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) will vorhandenes Erfahrungswissen und wissenschaftliche Erkenntnisse sammeln, bündeln und der Fachöffentlichkeit via Internet zur Verfügung stellen. Hierzu wird eine eigene Lern- und Informationsplattform unter dem Namen „Forum Seniorenarbeit NRW“ ins Leben gerufen, wo fachspezifische Informationen und Praxishilfen aus den Arbeitsfeldern, Medienarbeit, allgemeine Beratung und Prävention, Freizeitgestaltung und Beschäftigung, Bildungsangebote, Kulturarbeit, Engagementförderung und Partizipation, Wohnen im Alter sowie frauenspezifische Themen

zusammengeführt werden. Abgerundet wird der Projektbaustein des KDA durch ein telefonisches Informationsbüro. Hier stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als persönliche Ansprechpartner zur Verfügung.

Der Evangelische Verband für Altenarbeit im Rheinland (EVA) wird im Rahmen der dreijährigen Phase von SOL II, Bildungs- und Schulungskonzepte - vor allem für die Internet-Cafes - weiterentwickeln und multiplizieren. Hierbei sollen die besonderen Bedürfnisse unter anderem von Migrantinnen und Migranten sowie von Seniorinnen und Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, stärker berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird EVA die Vernetzung der im Rahmen der Förderprogramme 2000 und 2001 entstandenen Internet-Cafes weiter vorantreiben. Eine Ausweitung von fünf auf zehn Regionalgruppen ist geplant.

Die Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik (GGT) wird weitergehende Praxishilfen zu technischen Fragestellungen rund um die Internetnutzung und für Betreiber der Senioren-Internet-Cafes in NRW bereitstellen. Die bisherige SOL-Plattform für die Zielgruppe Seniorinnen und Senioren wird von der GGT weitergeführt. Die bislang verfolgte Strategie sowohl Seniorinnen und Senioren als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Altenarbeit anzusprechen soll im Rahmen von SOL II stärker voneinander getrennt werden.

Daniel Hoffmann / Annette Scholl

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.,
 Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50,
 Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Hiltrud Wessling

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Ruth Hunecke

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37,
 48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2003.

Thema „Politische Teilhabe Älterer“. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen. **Redaktionsschluss 15. Mai 2003**